

Antrag

Hannover, den 30.01.2024

Fraktion der CDU

Die europäische Idee stärken - Europabildung an den Schulen intensivieren

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Schule ist diejenige gesellschaftliche Institution, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Ausweislich des Niedersächsischen Schulgesetzes sind Schulen zentrale Orte, an denen den Schülerinnen und Schülern auf der Grundlage des Christentums, des europäischen Humanismus und der Ideen der liberalen, demokratischen und sozialen Freiheitsbewegungen grundlegende Werte vermittelt werden. Dabei gehören der Gedanke der Völkerverständigung, insbesondere die Idee einer gemeinsamen Zukunft der europäischen Völker, und das friedliche Zusammenleben mit Menschen anderer Nationen und Kulturkreise zum zentralen Bildungsauftrag der Schulen in Niedersachsen.

Angesichts der Tatsache, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem Jahr erstmals das neue Wahlrecht ab 16 Jahren greift, müssen das bisherige Engagement im Bereich der Europabildung gebündelt, institutionelle Strukturen geschaffen und bisherige Projekte verbindlich so skaliert werden, dass die europäische Idee in jedem Klassenzimmer stärker ankommt als bisher.

Gerade in gesellschaftlich herausfordernden Zeiten, in denen die europäische Idee von linken und rechten Ideologien infrage gestellt wird, muss insbesondere in den Schulen für das einmalige Friedens- und Freiheitsprojekt Europa stärker geworben werden als bisher.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. eine externe wissenschaftliche Evaluation zu beauftragen, die Unterrichtskonzepte, Schulprofile, Projekte etc. auf Europabildung hin untersucht und Weiterentwicklungsmöglichkeiten aufzeigt,
2. den regelmäßigen Austausch unter den Ländern unter Einbeziehung bewährter qualitativ vollere länderübergreifender - auch internationaler - Programme, Wettbewerbe und Projekte zu fördern,
3. die Vernetzung niedersächsischer Schulen mit Schulen im Ausland voranzutreiben,
4. die KMK-Empfehlung „Europabildung in der Schule“ bei der Neufassung von Lehrplänen und Bildungsstandards sowie bei der Zulassung entsprechender Lernmittel zu berücksichtigen,
5. mehr Grundschulen zu Europaschulen weiterzuentwickeln,
6. die Europabildung insbesondere im Sek.-1-Bereich und im Bereich der Berufsbildung nachhaltig zu stärken,
7. Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, insbesondere für fachfremde Lehrkräfte, zu Themen mit Europabezug und zur europäischen Dimension im Unterricht zu implementieren,
8. europäische Vernetzungsmaßnahmen für Schulleitungen aufzulegen,
9. Mehrsprachigkeit und bilingualen Unterricht zu fördern,
10. einen besonderen Europabildungsschwerpunkt in Unterricht und Schulleben z. B. durch Projektarbeit zu europäischen Themen und mit schulischen und außerschulischen Partnern zu initiieren,
11. Kooperationsmöglichkeiten zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren im Bereich der Europabildung zu intensivieren.

Begründung

Europabildung in der Schule ist eine Investition in die Zukunft, denn diese stärkt die europäische Identität und trägt zur Wahrung gemeinsamer Werte bei. Nur gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger sind ein Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften. Sie wirkt sich positiv auf den sozialen Zusammenhalt als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung über nationalstaatliche Grenzen hinweg aus. Daher gilt es, Kinder und Jugendliche von Beginn an für die europäische Idee zu begeistern, diese stärker im schulischen Alltag zu integrieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Vorteile eines friedlichen Europas erfahrbar zu machen.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Verteilt am 30.01.2024)